



## Kein Dementi zur Überlastung

Von Jörg Radek, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei

**D**ie Menschen in der Bundespolizei durchleben die Folgen der Fehler der Vergangenheit. Die Leistungsbilanz in der Form des Jahresberichtes 2014 ist beeindruckend. Denn: Die Menschen in der Bundespolizei leisten Erhebliches. Die Menschen in der Bundespolizei sind nicht überfordert. Und sie erfüllen überdurchschnittlich die Anforderungen.

Mit welcher Hingabe sie dies tun, spiegelt sich u. a. in der krankheitsbedingten Abwesenheit von ca. 23 Tagen wider. Eine Zahl, die ohne den Altersdurchschnitt von 44,08 Jahren nicht alleine stehen darf ... – Die GdP hat dabei stets den Erfolg der Bundespolizei als Gesamtorganisation, aber auch – und vor allem – das berufliche, soziale sowie gesundheitliche Wohlbefinden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Blick.

Wir haben sehr intensiv die Befunde der „Strohmeier-Studie“ zur Überlastungssituation diskutiert. Eine grundsätzliche Besserung ist nicht eingetreten, weil sie unter den zugestandenen Rahmenbedingungen nicht eintreten konnte.

Der Migrationsdruck an der Südgrenze verdeutlicht die Dramatik der Ignoranz, denn der Bundespolizei wurde eine Aufgabe übertragen, ohne dass sie dafür Personal erhielt. – Seit acht Jahren! Auch in diesem Jahr wurde der „anerkannte Mehrbedarf“ als „nicht hinreichend begründet“ im Bundesministerium mit bestem „Bürokratendeutsch“ abgelehnt.

**Wir setzen also die Miswirtschaft durch das Prinzip, dass ein Loch das andere stopft, fort.**

Rosenheim, München, Freyung stehen an der Spitze der Überlastungen. Andere Dienststellen oder

Hundertschaften stehen ihnen nur wenig nach. Von einer „Ökonomie der Kräfte“ sind wir längst entfernt ...

Auf welchem Fundament steht das Haus Bundespolizei? Wer trägt die Arbeit und die damit verbundene Last? – Die Menschen in der Bundespolizei mit ihrer Lebens- und Berufserfahrung sowie ihrer Professionalität. Damit machen sie vieles wett und darin steckt auch ein Teil politischer oder bürokratischer Berechnung.

**Doch nicht nur die Arbeitsmenge – und deren Verdichtung von Aufgaben auf weniger Personal – belastet die Menschen.**

Die Arbeitswelt der Polizei hat sich in den vergangenen Jahren durch den Einsatz von IT-Technik in vielen Feldern revolutioniert. Leider ist die Haushaltsausstattung dem nicht gefolgt. Insbesondere fehlt es eklatant an Haushaltsmitteln zur Anmietung von Bandbreiten für IT-Verbindungen. Durch das Fehlen der Datenübertragungsbandbreiten hat die Bundespolizei heute die langsamsten IT-Verbindungen deutschlandweit. Es ist nicht möglich, Strafanzeigen mit Tatortfotos in akzeptabler Zeit im System hochzuladen oder zu übertragen. Diese Feststellung wird seit Jahren ignoriert.

Als nach den Attentaten von Paris und Kopenhagen für weniger als eine „Weltsekunde“ die Zehn-Milliarden-Euro-Chance für Investitionen bestand, wurde dieses Problem seitens der Bundespolizei selbst erkannt und als dringendster Bedarf – zum Bundesnachtragshaushalt 2015 – fast 14 Millionen Euro für die Verbesserung der Fahndungs- und Grenzkontrolltechnik von der Bundesregierung verlangt; weitere 26 Millionen Euro für den Ausbau und die Absicherung der Netzinfrastruktur und des Rechenbetriebszentrums sowie 15 Millionen Euro für



Foto: F. Radke

den Unterhalt der zusätzlichen Führungs- und Einsatzmittel. Bekommen haben wir vom Bundesfinanzminister im Nachtragshaushalt eine „schwarze Null“ und keinen Cent. Also kein Geld für die Arbeitsfähigkeit der Bundespolizei.

Doch unsere Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen wollen vor allem eines: mit hoher Professionalität ihre Arbeit leisten können. Es ist die Verantwortung der Bundesregierung und der Regierungskoalition, dieses personell und sächlich sicherzustellen.

Regierungskunst ist es, zu erkennen, wann es Zeit ist, zu handeln. Wir können nicht alle Politik gestalten. Aber wir können sie beurteilen. Auch hier besteht kein Defizit in den einzelnen Beurteilungen. – Mag sein, dass das Defizit in der Qualität der Beratung von verantwortungsvoller Politik besteht.

**Im Ergebnis liegt es nicht am „Wollen“ der Menschen in der Bundespolizei. – Dafür ist ihr Jahresbericht zu beeindruckend.**



**SOMMERFEST UND EHRUNGEN**

**Um die 100 Gäste folgten Anfang Juli 2015 trotz der schweißtreibenden Hitze der Einladung zum Sommerfest der Kreisgruppe (KG) Bodensee der Gewerkschaft der Polizei (GdP).**

Auf dem Gelände der Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheit (MKÜ) Konstanz ließen sich die Gastgeber einiges einfallen, um den hohen Temperaturen (weit über 30 Grad Celsius) zu trotzen. Insgesamt vier kleinere und größere Planschbecken, Gartenschlauchanschluss mit Rasensprenger und etliche Wasserpistolen erhöhten die Luftfeuchtigkeit, sorgten aber auch für Abküh-

lung. Mit sechs Pavillons und mindestens ebenso vielen Sonnenschirmen konnten weit über 100 Quadratmeter Garten als Schattenzone ausgebaut werden. Hilmar Höltke und Erik Heinrichson wurden im Verlauf des Festes für jeweils 25 Jahre GdP-Mitgliedschaft geehrt. Christian Bai-

Für die zahlreich anwesenden Kinder in allen Lebensjahren wurden wie gewohnt Kinderspielecke, Kinderplanschbecken, Malstation, Straßenmalabteilung und jede Menge Wasserpistolen aufgeboten. Ein besonderes Highlight, nicht nur für die Kleinen, war dann auch wieder Salvatore



**Ehrungen, ausgesprochen durch den stellvertretenden Vorsitzenden der GdP-Kreisgruppe Bodensee, Christian Baier (jeweils rechts im Bild), an: Erik Heinrichson ...**



**... sowie an Hilmar Höltke für jeweils 25 Jahre Zugehörigkeit zur GdP. Fotos: GdP**

er übergab den beiden Jubilaren hierfür neben den Ehrennadeln und Ehrenurkunden auch ein entsprechendes Geschenk ihrer Kreisgruppe. Bemerkenswert hierbei ist, dass Erik Heinrichson selbst nach seiner Kündigung bei der Bundespolizei und seinem Wechsel zur Schweizer Polizei seine GdP-Mitgliedschaft bei der KG Bodensee weiterhin aufrechterhalten hat. Dem Dank für die gewerkschaftliche Treue schließen sich auf diesem Weg auch der GdP-Bezirksvorstand sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals ganz herzlich an.

mit seinem Eismobil. Über einhundert Eiskugeln konnten an das Kind bzw. die Frau und den Mann gebracht werden. Hierzu lud die Kreisgruppe alle anwesenden Gäste ein. Für die anwesenden Pensionäre stand eine Kaffeestation mit fünf verschiedenen Kuchen und Torten bereit. Trotz der teilweise anstrengenden Wärmeeinwirkung scheuten viele den Besuch des Sommerfestes nicht. Quintessenz: Eine gelungene Mischung also für Alt und Jung. – Wir freuen uns bereits jetzt auf das Sommerfest im nächsten Jahr.

Näheres – einschließlich weiterer Fotos – unter: [www.kg-bodensee.gdpbundespolizei.de](http://www.kg-bodensee.gdpbundespolizei.de) **CB**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

**Geschäftsstelle:**  
Forststraße 3a,  
40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-0  
Telefax (02 11) 71 04-555

**Redaktion:**  
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)  
Forststraße 3a,  
40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-0  
Telefax (02 11) 71 04-5 55  
Internet: [www.gdp-bundespolizei.de](http://www.gdp-bundespolizei.de)  
E-Mail: [info@gdp-bundespolizei.de](mailto:info@gdp-bundespolizei.de)  
Martin Schmitt  
Mobil (01 72) 8 99 05 23  
E-Mail: [schmitt-karlstein@freenet.de](mailto:schmitt-karlstein@freenet.de)

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37  
vom 1. Januar 2015  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836

**NACHRUF**

Tief betroffen nehmen wir Abschied von unserem Kollegen

**Jürgen Schudy**

der am 24. Juli 2015 im Alter von 49 Jahren nach langer, schwerer Krankheit verstarb. Wir trauern um einen engagierten und beliebten Kollegen. Unser tiefes Mitgefühl gilt seinen Hinterbliebenen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Martin Schmitt – für die GdP-Direktionsgruppe Frankfurt/Main Flughafen**



## ARBEITSZEIT

**D**as Thema **Arbeitszeit berührt den polizeilichen Alltag an fast jedem Punkt.**

Wie viel muss, wie viel darf (am Tag/in der Woche) bzw. wann darf gearbeitet werden? Wo darf oder muss gearbeitet werden? Wie und wann müssen Ruhepausen eingerichtet werden? Was ist, wenn diese nicht gewährt werden können? Wann ruht die Arbeits-/Dienstpflicht (Urlaub, Krankheit, Sabbaticals, Elternzeit, Pflegezeit etc.)? Was ist überhaupt Arbeit? Bereitschaftsdienste? Rufbereitschaften etc.?

Aus diesem Grund nimmt sich der Bezirk Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) dieses Themas immer wieder in unterschiedlichen Varianten an und versucht für seine Mitglieder das Beste herauszuholen. In den nächsten Ausgaben des Bezirksjournals werden wir uns daher intensiv mit unterschiedlichen Arbeitszeithemen auseinandersetzen, gesetzliche Grundlagen, Tipps und Tricks darstellen.

Beginnen wollen wir heute mit den Grundlagen der Arbeitszeit. Die Arbeitszeit wird für Beamtinnen und Beamte in der Arbeitszeitverordnung (AZV) geregelt. Dort werden Wochenarbeitszeiten, Nacht- und Schichtdienste definiert und festgelegt. Erst im letzten Jahr wurde die AZV novelliert. Im Rahmen der Beteiligungsgespräche nach § 118 Bundesbeamtengesetz (BBG) hat auch die GdP Stellung zu den Änderungen genommen. Wichtigste Änderungen waren die Streichung der Passage in § 2 Abs. 3 AZV bei der Ruhepausendefinition. So hieß es früher, es handle sich um den „Zeitraum, in dem Beamtinnen und Beamte keinen Dienst leisten und sich auch nicht dafür bereithalten müssen“. Mit der Novellierung wurde dieser 2. Halbsatz „und sich auch nicht dafür bereithalten müssen“ gestrichen. Als Argument wurde angeführt, es handle sich um eine Klarstellung und Flexibilisierung. In der Praxis verschleiert sie aber die seitens der GdP eingeforderten Grenzen zwischen Pausen unter Bereithaltung und der gesetzlich zu gewährenden Ruhepause. Bei der Bereithaltung bzw. dem Bereitschaftsdienst ist der Beamte verpflichtet, sich innerhalb oder außerhalb der Dienststelle an einem vom Dienstherrn bestimmten Ort aufzuhalten und sich

zur Anforderung des Dienstherrn zur Arbeitsaufnahme bereitzuhalten. Da bei der Ruhepause aber gerade keine Dienstpflicht besteht, ist klar, dass eine Bereithaltung ausgeschlossen ist. Insoweit ist gegen die Streichung zunächst nichts einzuwenden.

Zu beachten gilt jedoch, dass gerade das Thema der Bereithaltung auch in anderen Themenkomplexen eine wichtige Rolle spielt. So streiten aktuell (Anmerkung: zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Ausgabe) der Bezirkspersonalrat und das Präsidium über die Abgeltung der Stunden während des G7-Gipfels. Nach § 11 Bundespolizeibeamtengesetz (BPolBG) sind Einsätze mit einer Dauer über 24 Stunden pauschal (17 Stunden pro Einsatztag) abzurechnen und wie oben bereits dargestellt, Bereitschaftsdienst klar als Volldienst anzuerkennen. Die nunmehr durch das Präsidium angeordnete „spitze“ Abrechnung und dessen Ansicht zur lediglich tatsächlich geleisteten Arbeit, verstößt damit nicht nur gegen § 11 BPolBG, sondern auch gegen die Europäische Arbeitszeitrichtlinie 2003/88 und die gängige Rechtsprechung (OVG Lüneburg). Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg konstatierte zu diesem Zeitpunkt, dass die Zeiten des Bereitschaftsdienstes im Rahmen geschlossener Einsätze in vollem Umfang als Arbeitszeit gelten. Um unsere Forderungen der 1:1-Abrechnung durchzusetzen, startete die GdP eine Onlinepetition direkt an den Bundesinnenminister ([gdpbundespolizei.de/2015/07/was-lange-waehrt-wird-nicht-immer-gut/](http://gdpbundespolizei.de/2015/07/was-lange-waehrt-wird-nicht-immer-gut/)).

Ein neues Element für die Bundespolizei bei der Novellierung der AZV stellt die Einrichtung von Langzeitkonten nach § 7 a AZV dar, wobei dort noch einiger Klärungs- und Regelungsbedarf besteht. Die Voraussetzungen für die Möglichkeit der Ansparung von Zeiten für eine spätere längere Auszeit sind in dem § 7 a AZV aufgelistet. Angespart werden können beispielsweise Stunden, die über das wöchentliche Soll hinaus erarbeitet werden, Mehrarbeitsstunden und nach Stunden zu berechnender Erholungsurlaub. Geregelt werden leider keine Details zum tatsächlichen Anspruch der Dienstbefreiung. Dem Dienstherrn steht im Rahmen des Organisationsermessens daher weiterhin zu, den Abbau der Stunden zu reglementieren und damit die gewünschte und erarbeitete Flexibilität

bei beispielsweise akuten Bedürfnissen zu erschweren.

Völlig offen bleibt die Frage, was mit Zeitkonten passiert, die wegen unerwarteter Umstände nicht mehr in Anspruch genommen werden können. Werden die Stunden wieder auseinanderdividiert und z. B. Stunden aus Urlaubstagen gegebenenfalls abgegolten, vererbt und andere verfallen? Dies dürfte durch die Gleichstellung in der Wertigkeit der Stunden für Freizeitausgleich nicht möglich sein.

**Die GdP wird auch in diesem Rahmen aktiv darauf hinwirken, Klarheit in die Sache zu bringen und Rechtssicherheit zu schaffen. Derzeit wird ein Hinweiskatalog erstellt, der für Dienstvereinbarungen auf diesem Gebiet genutzt werden kann.** **SK**

## KURZ NOTIERT

Im Rahmen des Delegiertentags der Kreisgruppe (KG) Mecklenburg-Vorpommern Anfang Juli 2015 erfolgte auch eine Neuwahl des KG-Vorstands. Nach den Grußworten des Stralsunder Inspektionsleiters Thomas Hochstein, des Vorsitzenden der GdP-Direktionsgruppe Küste, Dirk Stooß, der Vertreterin des DGB-Rechtsschutzbüro Stralsund, Sandra Kothe-Woywode und des Vertreters der PolizeiversicherungsAG, Bernd Meyer, trug Stephan Lange als KG-Vorsitzender „seinen“ Geschäftsbericht vor. „Bewegte, aktionsreiche und durchaus erfolgreiche vier Jahre liegen hinter uns und wir sind bereit und gut aufgestellt für die zukünftigen Aufgaben“, so sein Resümee zur vergangenen Amtszeit. Im Anschluss erfolgte die Neuwahl und viele „alte“ Verantwortliche sind wieder an Bord. Stephan Lange bleibt KG-Vorsitzender; auch Holger Jungbluth, Daniel Emde und Gerd Edinger behielten als Stellvertreter ihre Posten. Michael Mesche bleibt Kassierer und Petra Teetz Schriftführerin; somit setzt die KG auf Kontinuität. Für ihre langjährige Tätigkeit wurde Jana Beneke gedankt und durch den Vorsitzenden ein Blumenstrauß überreicht. Näheres hierzu unter: [www.dir-kueste.gdpbundespolizei.de](http://www.dir-kueste.gdpbundespolizei.de).

**DS**



**GLEICHES REGLEMENT – AUCH FÜR DEN ZOLL****Kontrolleinheiten müssen gestärkt werden.**

Zwei polizeiliche Sicherheitsbehörden sichern die bundesdeutschen Grenzen. Die Bundespolizei fahndet in eigener Zuständigkeit im Rahmen des Grenzschutzes vor allem nach Personen, die versuchen, illegal ein- oder ausreisen, flüchtig sind oder die Grenzen gefährden. Der Zoll fahndet in seiner Zuständigkeit nach Rauschgift-, Waffen- und Zigarettschmugglern, Geldwäschern, Steuerhinterziehern, Markenpiraten oder Kriegswaffen-



**Streife ohne „Rückfallräume“: Die Stärkung der Kontrolleinheiten ist angezeigt.**

**Foto: GdP**

schmugglern. Bei der Bundespolizei besteht derzeit akute Personalnot – erst recht aber beim Zoll. Die Bundespolizei verfügt im Gegensatz zum Zoll über die polizeifachlich notwendigen Polizeiwachen. Dort ist keine Streifenwagenbesatzung alleine im Einsatzraum und auch nie ohne Anbindung an eine besetzte Wache. Zollbeamte fahren Streife und in deren Hintergrund gibt es keine operative Zollwache, keine sicheren „Rückfallräume“, in denen ggf. Verstärkung sitzt und Hilfe leistet. Nicht mal im Notfall. Schmuggler, Geldwäscher und Schieber suchen und finden ist polizeifachlich mit den Grenzschutzaufgaben der Bundespolizei absolut vergleichbar. Kontrollen und Fahndungen sind das Mittel beider Behörden. Die Gefährdungslage ist identisch. Täter unterscheiden auch nicht zwischen Zoll- oder Polizeibeamten. „Deshalb müssen durch die Bundesregierung auch gleiche Maßstäbe an die perso-

nelle und sachliche Ausstattung beim Zoll und bei der Bundespolizei gelegt werden“, so der Zollchef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Frank Buckenhofer. Es muss Schluss sein mit der bisherigen Spar- und Billiglogik des für den Zoll zuständigen Bundesministeriums der Finanzen (BMF), dass Kontrollen, Fahndungen und Ermittlungen nur Annex der Steuererhebung sind. Das BMF macht alles immer schön billig (geringere Besoldung, deutlich weniger Personal und Sachausstattung und fünf Jahre längere Lebensarbeitszeit). Es investiert gerade so viel, dass man dem BMF politisch keine Tatenlosigkeit vorwerfen kann. „Würde ein Innenminister seine polizeilichen Kontroll- und Fahndungsaufgaben durch die Bundespolizei so stiefmütterlich durchführen lassen wie sein Kollege Finanzminister diese Aufgaben im Zoll erledigt, müsste er zurücktreten. Der Finanzminister kann sich aber bei seinem Kampf gegen die Drogenmafia immer wieder gut hinter seinen Steuer- und Finanzaufgaben verstecken, während Innenminister schon wegen weitaus weniger vorzuwerfenden Polizeisachverhalten zurückgetreten sind. Es fehlt am notwendigen politischen Druck aus dem Parlament.“

Wenn jetzt das BMF aktuell überlegt, wie in Zukunft die Kontrolleinheiten des Zolls ausgestattet werden sollen, dann reicht es nicht aus, im Grundbedarf lediglich eine „Rund-um-die-Uhr-Streifenbesatzung“ sicherzustellen. Michael Floeth, zuständiges Vorstandsmitglied der GdP-Bezirksgruppe Zoll erklärt: „Was der Zoll im Grundbedarf braucht, sind klar definierte Einsatzräume mit ausreichend Personal und Infrastruktur mit den dafür nötigen Melde- und Befehlswegen, in denen ständig besetzte Zollwachen eingerichtet werden, die immer handlungsfähig sind. Es kann nicht sein, dass der Zoll bei den kleinsten zusätzlichen Herausforderungen ständig auf die Dienststellen und auf die personelle Unterstützung der Landes- und Bundespolizeibehörden zurückgreifen muss, so wie es heute Alltag ist.“

„Den eigenen erheblichen Personal- und Sachmangel zu verschleiern und diesen anderen Bundes- und Landespolizeibehörden ständig als zusätzlichen und sachfremden Kostenfaktor unterzuschieben, ist gerade für das Bundesfinanzministerium ein sehr schlechter Stil“, ergänzt Buckenhofer und hofft, dass diese sich das auch nicht mehr länger gefallen lassen.

**GEEHRT**

Albert Olinger (links) feierte am 25. Juli 2015 seinen 85. Geburtstag. Der Vorsitzende der Kreisgruppe Rosenheim der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Hermann Thierauf (rechts) sowie der Vorsitzende der Seniorengruppe, Siegfried Dienstbeck, ließen

es sich nicht nehmen, dem verdienten Kollegen zu seinem Lebensjubiläum persönlich zu gratulieren. Albert Olinger, der seit 57 Jahren Gewerkschaftsmitglied ist, langjähriges Mitglied im örtlichen Personalrat sowie viele Jahre Vorsitzender des damaligen Verwaltungspersonalrats war, bekleidete einen Dienstposten als Leiter der Instandsetzungswerkstatt T und ist auch heute noch von der Notwendigkeit starker Gewerkschaften überzeugt. Der rüstige, passionierte Jäger freute sich über den Besuch und die Glückwünsche. Bei dieser Gelegenheit gab es viel zu erzählen, Episoden und Erinnerungen aus der aktiven Zeit wurden wach. Wir wünschen ihm noch viele glückliche Lebensjahre. – Diesen Wünschen schließt sich auch der GdP-Bezirksvorstand sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals ganz herzlich an.



**Foto: GdP**

**Siegfried Dienstbeck**



## AUF DEM RICHTIGEN WEG

### **Schritt in die richtige Richtung: Die Einführung der Betreuungsleistungen und des Ausweises für Senioren.**

Eine gute Unternehmenskultur, das haben zwischenzeitlich moderne Firmen und Behörden erkannt, zeichnet sich nicht nur durch eine angemessene Entlohnung, sondern auch durch einen guten Umgang mit den Beschäftigten aus. Genauso gehört der Umgang mit Ruheständlern dazu. Bei Beamten ergibt sich dieses schon aus dem Bundesbeamtengesetz (BBG). Denn als Beamter auf Lebenszeit unterliegt man weiterhin den Pflichten des Gesetzes und sollte im Umkehrfall auch Anspruch auf die entsprechenden Rechte sowie die Fürsorge haben. Aber auch Tarifbeschäftigte verdienen es, dass man ihre Lebensleistung durch einen vernünftigen Umgang mit ihnen im Rentenalter anerkennt.

Dies konnten der Bezirkspersonalrat (BPR) und der Vorstand unserer Seniorengruppe des Bezirks Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Gesprächen mit dem Bundespolizeipräsidenten (BPOLP) deutlich machen. Diese Gespräche führten dazu, dass der lang gehegte Wunsch der GdP nach einer besseren Seniorenbetreuung durch den Dienstherrn angegangen wurde. Ein erster Entwurf einer Broschüre wurde – auch unter Mitarbeit des Vorstands der GdP-Seniorengruppe – mehrfach überarbeitet. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Die Broschüre für Angehörige der Bundespolizei „Vorbereitung auf den Ruhestand oder Renteneintritt“ gibt nicht nur den Kolleginnen und Kollegen, die kurz vor Eintritt in den Ruhestand stehen, wertvolle Tipps. Hier wurden auch zum ersten Mal Mindestleistungen der Dienststellen für die Betreuung von Ruheständlern festgeschrieben; nämlich die Benennung einer konkreten Ansprechperson, die Festlegung zu Einladungen an geeigneten dienstlichen Veranstaltungen und die zweckmäßige Nutzung bundespolizeieigener Sportstätten.

Jede Kollegin und jeder Kollege muss vor Eintritt in den Ruhestand festlegen, ob – und wenn ja, welche – Betreuungsleistungen in Anspruch genommen werden wollen. Zur Förderung und Erleichterung des Kontaktes wurde weiterhin festgelegt, dass jedem Beschäftigten, also nicht nur den Beamten, sondern auch den Tarifbe-

schäftigten, bei Eintritt in den Ruhestand auf Antrag ein Ausweis ausgestellt wird. Ehemalige Kolleginnen und Kollegen, die sich schon im Ruhestand befinden, können bei ihrer letzten Dienststelle – oder der Nachfolgedienststelle – ebenfalls einen Ausweis beantragen.

Dies alles stellt einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar, auf der sich eine umfassende Seniorenbetreuung aufbauen lässt. An dieser Stelle gilt den Kollegen Heinz Selzner vom BPR und Andreas Dally vom BPOLP einen herzlichen Dank. – Haben sie doch mit ihrem Engagement die Behörde auf dem Weg zu einer fortschrittlichen Unternehmenskultur ein Stück voran gebracht.

**Peter Schürumpf,  
Vorsitzender der GdP-Seniorengruppe,  
Bezirk Bundespolizei**



**Symbolische Übergabe des ersten Ausweises für ehemalige Angehörige der Bundespolizei durch den Vizepräsidenten des BPOLP, Dr. Palm (rechts), an den stellvertretenden Vorsitzenden der GdP-Seniorengruppe, Wolfgang Kubik (links).** Foto: BPOLP

## GEEHRT

Danke für 25 Jahre Mitgliedschaft: Im Rahmen einer Vorstandssitzung ehrten der Vorsitzende der Direktionsgruppe (DG) Küste der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Dirk Stooß (Bildmitte) und der Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe (KG) Küste, Michael Alka (links), unseren Kollegen Detlev Mantei (rechts) „verspätet“ für seine 25-jährige Gewerkschaftsmitgliedschaft mit Ehrenurkunde, Anstecknadel und einem Präsent. Der DG-Vorsitzende übermittelte dabei auch die Grüße des GdP-Bezirksvorsitzenden Jörg Radek. Der DG-Vorsitzende machte in einer kurzen Ansprache deutlich, dass jedes Mitglied – egal ob aktiv oder passiv – einer Gewerkschaft wichtig ist, um die gesteckten Ziele bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensumstände zu erreichen. Heute ist es nicht mehr selbstverständlich, sich über so viele Jahre in einer Gewerkschaft zu organisieren und dabei viele Ämter in der Gewerkschaft und in den Personalvertretungen innezuhaben. Detlev Mantei bekleidet seit vielen Jahren Funktionen innerhalb der Personalvertretungen; so im örtlichen Personalrat in Neustadt, im Gesamtpersonalrat der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt sowie im Bezirkspersonalrat. Und der Geehrte ist auch



Foto: GdP

in Gewerkschaftsgremien auf unterschiedlichen Ebenen tätig und vertritt dabei die Interessen unserer Tarifbeschäftigten weit über das normale ehrenamtliche Engagement. Wir wünschen dir, lieber Detlev, alles erdenklich Gute, Gesundheit und Wohlergehen und danken dir auf diesem Weg nochmals für dein großes Engagement, deinen Einsatz und deine langjährige gewerkschaftliche Treue. Dem Dank an den Geehrten für seine gewerkschaftliche Treue schließen sich auf diesem Weg auch der GdP-Bezirksvorstand sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournal ganz herzlich an.

**DS**



**ENGAGEMENT UND SPASS DABEI**

**Das Kinder- und Familienfest der Kreisgruppe Potsdam der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei und der 5. Spendenlauf zugunsten der Bundespolizeistiftung waren ein voller Erfolg.**

Bei strahlendem Sonnenschein fand im Juni 2015 das 3. Kinder- und Familienfest statt. Ungefähr 400 aktive Teilnehmer und Besucher feierten auf dem Sportgelände des SC Potsdam. Ausgerichtet wurde dieses Fest in Kooperation mit der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben-Gesamtschule, dem SC Potsdam e.V., der Bundespolizei-Stiftung und der GdP-Kreisgruppe Potsdam. Für die Stadt Potsdam war die stellvertre-

tende Oberbürgermeisterin Elona Müller-Preinesberger anwesend. Sie gab den Startschuss zum Spendenlauf, der zugunsten der Bundespolizeistiftung zum fünften Mal stattfand. Am Lauf nahm neben zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundespolizei aus Nah und Fern auch der stellvertretende Abteilungsleiter, Abteilung Bundespolizei im Bundesministerium des Innern, Peter Beiderwieden, teil. Der Initiator Martin Schilff und der Vorsitzende der Stiftung, Sven Hüber, freuten sich anschließend über die stolze Summe von 700 Euro, die zugunsten der Stiftung „erlaufen“ wurde. Der Vizepräsident des Bundespolizeipräsidiums, Dr. Franz Palm, übermittelte die Grüße der Leitung des Bundespolizeipräsidiums und lobte das Engagement der Gewerkschaft der Polizei.

Für alle Kinder und Jugendliche gab es ein umfangreiches Angebot, wie Hüpfburg, Kinderschminken, Spielmobil und vieles mehr. Am „GdP-Stand“ wurden viele „Give-aways“, Verzehr Gutscheine und Sportgetränke ausgegeben, über die sich insbesondere

die jungen Besucher freuten. Für das leibliche Wohl zeigte sich der SC Potsdam verantwortlich, der es wiederum routiniert schaffte, die zahlreichen Besucher zu verköstigen. Am Fußball- und Beachvolleyballturnier nahmen neben acht Teams der Bundespolizei auch vier Mannschaften der Wilhelm-von-Steuben-Gesamtschule teil. Die Bundespolizei stellte für das Fußballturnier Mannschaften aus den Abteilungen 1, 3 und 8 sowie aus der Bundespolizeiabteilung (BPO-LABT) Blumberg. Die sportliche Herausforderung zum Volleyballturnier suchten Teams aus der Abteilung 5, aus Blumberg, Berlin und der GdP. Den Zuschauern wurden spannende Spiele auf gutem Niveau geboten. Zudem konnten sich die Veranstalter darüber freuen, dass es bei beiden Turnieren zu einem Endspiel zwischen Mannschaften der Bundespolizei und der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben-Gesamtschule kam. In beiden Finalspielen konnte sich die BPO-LABT Blumberg durchsetzen. Bei der abschließenden Siegerehrung ging der Dank an alle teilnehmenden Mannschaften. Alle Teilnehmer und die Veranstalter waren sich darüber einig, dass diese Kooperation von Schule, Sportverein und Polizei fortgeführt werden sollte. Schon jetzt wurde vereinbart, auch im kommenden Jahr gemeinsam zu feiern. – Der Dank der GdP-Kreisgruppe Potsdam geht an alle fleißigen Helfer und an alle Teilnehmer.

**HL**

**Begrüßung durch den Vorsitzenden der GdP-Kreisgruppe Potsdam, Gerfried Landhorst (Bildmitte mit Mikrophon), bevor die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Spendenlaufs auf die Strecke geschickt wurden.**

**Foto: GdP****ÜBERGABE DES STAFFELSTABES****Foto: GdP**

Nach der Neuordnung im Vorstand der Kreisgruppe (KG) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Kassel vollzog sich nunmehr auch der Wechsel im Personalrat der nordhessischen Bundespolizeiinspektion. Reinhold Schuch (rechts), Kasseler Kreisgruppen- und zugleich Personalratsvorsitzender, übergab die Verantwortung seinem Nachfolger Thomas Weichert (links). Ende Juni 2015 eröffnete Reinhold Schuch, der seit 1986 sowohl in personalrätlicher als auch in gewerkschaftlicher Verantwortung steht, seine letzte Personalversammlung. Er wird nun die letzten Monate bis zu seinem Ruhestand im nächsten Jahr seinen Schwerpunkt in den Gesamtpersonalrat in Koblenz verlagern und den neu gekürten Vorsitzenden bei seiner Arbeit tatkräftig unterstützen.

Die GdP-Fraktion des örtlichen Personalrates dankte ihrem langjährigen Vorsitzenden mit einem Gutschein für eine Kochstunde bei einem bekannten Profikoch und wünschte ihm für die restlichen dienstlichen Monate noch viel Schaffensfreude.

**Der Vorstand der GdP-Kreisgruppe Kassel**

## POLITISCHE GESPRÄCHE

**Zu einem ersten Gespräch mit dem parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), Enak Ferlemann (CDU), trafen sich Vertreter der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Fachgruppe Bundesamt für Güterverkehr (BAG), Güterverkehrspolizei des Bundes (GVP) Ende Juni 2015 in Berlin.**

Dieses Auftaktgespräch kam auf Initiative des Mitglieds des niedersächsischen Landtags, Karl Heinz Bley (CDU), zustande; nicht zuletzt als Resultat eines GdP-Gesprächs Mitte Februar 2015. Weitere Teilnehmer waren das Mitglied des Bundestages Barbara Woltmann (CDU sowie Mitglied des Innenausschusses), der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion des Landtages in Hannover, Karsten Heineking (CDU), sowie der Fraktionsvorsitzende der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion, Björn Thümler. Als Experte und Vertreter des Ministeriums sowie des BAG war der Referatsleiter Schimming anwesend. Die GdP-Vertreter thematisierten die fehlende Eigensicherung in den Kontrolldiensten,

die „Spiegelung“ des speziellen Tarifabschlusses zur Entgeltordnung auf die verbeamteten Kontrolleure des BAG, die mangelhafte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die hohe Arbeitsbelastung und Verdichtung in allen BAG-Bereichen. Den Gewerkschaftsvertretern ging es in diesem Gespräch auch darum, dass für die Zukunftsfähigkeit des BAG dringende Änderungen und Entlastungen vonnöten sind.

Doch Kompromisslosigkeit sowie Unsachlichkeit prägten die Antworten des verantwortlichen Referatsleiters Schimming. Der parlamentarische Staatssekretär Enak Ferlemann ging jedoch ganz konkret auf die Forderungen der GdP ein. Dabei relativierte er nicht nur sehr deutlich die Aussagen des Ministeriumsvertreters, sondern zeigte auch auf, dass die berechtigten



**Vor den politischen Erörterungen stand der gemeinsame Gedankenaustausch zwischen Carsten Chudella, Andreas Uhlhorn, Mario Märgner sowie Jörg Radek (v. l. n. r.).** Foto: GdP

gewerkschaftlichen Forderungen in der Ministeriumsleitung angekommen seien und dort auch weitestgehend geteilt würden. Er sagte nicht nur weitere Gespräche zu, sondern forderte die GdP auf, ein Konzept zur Einführung und Umsetzung einer Eigensicherung im BAG zu entwickeln und vorzulegen. Auch über die Aufnahme des BAG in den § 35 der Straßenverkehrsordnung (StVO) werde nochmals nachgedacht und Stellung bezogen. Näheres hierzu unter: [www.gdp-bag.de](http://www.gdp-bag.de). **GW**

## AKTIVE SENIOREN IN WALSRODE

„Kalle hat Wort gehalten“, mit diesen Worten begrüßte Jan Best (im Bild stehend) die Gruppe der Senioren der Kreisgruppe (KG) Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Walsrode unter Leitung von Karl-Heinz Behr (rechts neben Jan Best) Anfang Juli 2015 im Café am Markt in der Innenstadt von Walsrode. Vor Reaktivierung der Seniorengruppe ging zunächst der Abschied unseres Kollegen Behr, besser bekannt als Kalle, Ende Februar 2015 aus dem aktiven Beschäftigungsverhältnis voraus. Unter dem Motto: „Einmal Gewerkschafter, immer Gewerkschafter“, verblieb Kalle im KG-Vorstand und übernahm in neuer Funktion die Gruppe der Senioren. Den Schwerpunkt seiner Arbeit sieht er darin, zu informieren und die Verbundenheit zu den Aktiven aufrechtzuerhalten. Im Vorfeld zum ersten Treffen wurden alle Pensionäre, Rentner – und die, die in Kürze folgen – durch ihn eingeladen. Bei gesponserten Kaffee

und Kuchen durch die GdP kamen die Ehemaligen und der KG-Vorsitzende schnell ins Gespräch. Dabei wurde festgestellt, dass etliche gewerkschaftliche Positionen zeitlos sind. Daneben wurde durch Kalle das Seminarangebot für die Senioren, umfangreiches Informationsmaterial und der neue Ausweis für Ehemalige vorgestellt. Dass unsere Senioren auf Höhe der Zeit sind, konnte man daran erkennen, dass (fast) alle im Besitz einer E-Mail-Adresse sind. Während des Treffens wurden diese ausgetauscht, um in Zukunft aktuell und schnell durch den GdP-Newsletter informiert zu werden. Kalle wäre nicht Kalle, wenn er nicht schon

weitere Projekte im Auge hätte. Er wird weiter zu regelmäßigen Treffen einladen und plant bereits einen Ausflug für die Gruppe der Senioren. Der Unterstützung durch den Vorstand der Kreisgruppe Walsrode kann er sicher sein.

**Der Vorstand der GdP-Kreisgruppe Walsrode**



Foto: GdP



**ERFOLGREICHES NETWORKING IN WALSRODE**

**Gemeinsam informieren – insbesondere zur Fragestellung: „2. Dienstjahr und jetzt?“**

Mit Abschluss des ersten Dienstjahres werden ab September 2015 die Kolleginnen und Kollegen des Walsroder Laufbahnlehrganges WAL 14 das zweite Dienstjahr in den Bundespolizeiabteilungen Uelzen und Ratzeburg absolvieren. Um den Start für die Auszubildenden zu erleichtern, entschlossen sich die beteiligten Kreisgruppen (KG) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gemeinsam zu handeln. So präsentierte sich Ende Juni 2015 die KG Uelzen den Fragen im Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum. Zum Beginn der Infoveran-

staltung begrüßten Frank Tappe und Oliver Stetefeld – im Namen der GdP Walsrode – die Anwesenden des WAL 14 sowie die Vortragenden. Im Laufe der Veranstaltung stellte Iven Rupschkeit (stellvertretender KG-Vorsitzender aus Uelzen) die allgemeinen Rahmenbedingungen vor und beantwortete gemeinsam mit dem Kollegen Pe-



**Vortragende im Sinne einer umfassenden und transparenten Informationspolitik (v. l. n. r. stehend): Robert Klohde, Tim-Lee Birke, Frank Peters, Iven Rupschkeit und Frank Tappe. Foto: GdP**

**ARBEITSZEITFRAGEN? – GdP FRAGEN!**

**Unsere Onlinebefragung ist abgeschlossen ...**

Unsere Online-Mitgliederbefragung zur Arbeitszeit endete am 31. Juli 2015. Wir möchten uns bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die sich die Zeit genommen und sich an der Umfrage beteiligt haben. Die Antworten helfen uns, zielscharf zu schauen, welche Arbeitszeitregelungen gut sind und welche Rege-



lungen unbedingt geändert und verbessert werden müssen. – Brauchen wir neue Modelle, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern?

Arbeitszeitfragen bestimmen unser Leben nachhaltig und tragen dazu bei, ob wir uns in unserer Arbeit zufrieden fühlen und letztendlich auch, ob wir gesund bleiben. Hier setzt unsere Befragung an. Die Ergebnisse wurden nun ausgewertet und sind im Internet auf unserer Webseite unter [www.gdpbundespolizei.de](http://www.gdpbundespolizei.de) einzusehen. Wir arbeiten jetzt an einem Aktionsplan für unsere Arbeitszeitkampagne, dessen Grundlage die Befragungsergebnisse sein werden. Wir werden hier im Bezirksjournal Bundespolizei und auch im Internet fortlaufend zum Thema und zur Umsetzung unserer Kampagne berichten.

ters die aufgekommenden Fragen. Erfahrungen aus „erster Hand“ konnte auch die JUNGE GRUPPE, in persona von Tim-Lee Birke und Robert Klohde aus dem WAL 13 beisteuern, die bereits das zweite Dienstjahr in Uelzen (fast) hinter sich gebracht haben. Im Mittelpunkt der Ausführungen standen die Unterbringung, die allgemeinen Rahmenbedingungen in der Ausbildung und die Freizeitmöglichkeiten nach Dienstschluss. Neben der Auslagerung in die Abteilung Uelzen werden auch über 50 Kolleginnen und Kollegen des WAL 14 ihren Dienst in Ratzeburg versehen. Über die vorhandenen bzw. noch zu schaffenden Rahmenbedingungen informierte Maik Prehn (KG-Vorsitzender aus Ratzeburg) Ende Juli 2015 in Walsrode. Exemplarisch zur Auslagerung des zweiten Dienstjahres spiegelt sich die Arbeitsverdichtung aufgrund der hohen Einstellungszahlen wider. Fehlende personelle und materielle Ressourcen in den Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentren führen nämlich zu Auslagerungen des zweiten Dienstjahres in die Bundespolizeiabteilungen, die noch über Jahre andauern werden. Umso wichtiger für die Gewerkschaft der Polizei, Geschlossenheit und Solidarität zu zeigen. Der Vorstand der GdP Walsrode bedankt sich für das uneigennütziges außerdienstliche Engagement unserer Vorstandskollegen aus Uelzen und Ratzeburg. Gemeinsam etwas zu bewegen stellt der uneingeschränkte Anspruch der Gewerkschaft der Polizei aus Walsrode, Uelzen und Ratzeburg dar.

**NACHRUUF**

Tief betroffen nehmen wir Abschied von unserem Kollegen

**Thomas Kober**

der am 18. Juli 2015 im Alter von 48 Jahren nach schwerer Erkrankung verstarb. Wir trauern um einen engagierten und beliebten Kollegen. Unser tiefes Mitgefühl gilt seinen Hinterbliebenen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

*Frank Martini – für die GdP-Kreisgruppe Hünfeld*

**Der Vorstand der GdP-Kreisgruppe Walsrode**

